

Abschlussbericht mit Anlagen

Abschlussbericht

1 Rechtsgrundlagen

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft hat gem. § 80 Abs. 2 LHO für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltsrechnung zu erstellen. Bezüglich Inhalt und Gliederung sind die §§ 81 bis 85 LHO zu beachten.

Der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsrechnung 2013) liegen zu Grunde:

Das Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Staatshaushaltsgesetz 2013/14 - StHG 2013/14) vom 19. Dezember 2012 (GBl. S. 725) samt dem als Anlage beigefügten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013.

Das Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 vom 30. April 2013 (GBl. S. 83).

Der Wortlaut des Staatshaushaltsgesetzes 2013 ist in der für das Haushaltsjahr 2013 geltenden Fassung im Anschluss an den Abschlussbericht abgedruckt.

Für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2013 waren zudem die Landeshaushaltsordnung des Landes Baden-Württemberg und die dazu geltenden Allgemeinen Verwaltungsvorschriften sowie die Verwaltungsvorschriften des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2013 (VwV-Haushaltsvollzug 2013) vom 28. Dezember 2012 (Az.: 2-0430.0/40) und die ergänzenden Regelungen hierzu vom 31. Januar 2013 und 5. August 2013 maßgebend.

2 Abschlussergebnisse

2.1 Kassenmäßiger Abschluss

2.1.1 Der kassenmäßige Abschluss enthält die Gegenüberstellung der tatsächlich eingegangenen Einnahmen und der tatsächlich geleisteten Ausgaben unter Berücksichtigung der Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt sowie der Entnahmen und Zuführungen aus bzw. an Rücklagen sowie der Einnahmen aus dem kassenmäßigen Überschuss des Haushaltsjahres 2011 (Teilbetrag) von 200,0 Mio. EUR mit Ausweis des sich daraus ergebenden Finanzierungssaldos für das Haushaltsjahr 2013.

2.1.2 Die im kassenmäßigen Abschluss nachgewiesene Verbesserung des Ist-Finanzierungssaldos (-191,1 Mio. EUR) gegenüber dem Soll-Finanzierungssaldo laut Finanzierungsübersicht zum Gesamtplan des Staatshaushaltsgesetzes 2013 (-1.954,3 Mio. EUR) um 1.763,2 Mio. EUR ergibt sich wie folgt:

| | |
|---|---------------------------------|
| Ist-Mehreinnahme 2013 | + 1.599,6 Mio. EUR |
| Reduzierung der Nettokreditaufnahme 2013 | + 3,3 Mio. EUR |
| Netto-Zuführungen an bzw. Netto-Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken (Mehrzuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke 193,7 Mio. EUR abzüglich Mehrentnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken 33,1 Mio. EUR) | + 160,5 Mio. EUR |
| Übernahme von kassenmäßigen Überschüssen des Haushaltsjahres 2011 (Teilbetrag) | +0,0 Mio. EUR |
| ergibt wieder | + 1.763,2 Mio. EUR ¹ |

¹ Differenz rundungsbedingt

2.2 Haushaltsabschluss

Der Haushaltsabschluss bezieht in die Ist-Rechnung des kassenmäßigen Abschlusses die aus dem Vorjahr übernommenen Haushaltsreste und die in das folgende Haushaltsjahr zu übertragenden Haushaltsreste ein. Er stellt somit den ordnungsgemäßen Gesamtabschluss über den Vollzug des Staatshaushaltsplans zum 31. Dezember 2013 dar.

3 Kreditermächtigungen und ihre Inanspruchnahme

3.1 Kreditermächtigungen

Die Ermächtigungen für Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2013 stellen sich wie folgt dar:

- | | |
|--|-------------------|
| a) Offenstehende Kreditermächtigungen am Ende des Haushaltsjahres 2012 gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 StHG 2013/14 i. V. m. § 18 Abs. 8 Satz 1 LHO (vgl. Nr. 3.3 des Abschlussberichts 2012) = in das Haushaltsjahr 2013 übertragener Einnahmerest bei Kapitel 1206 Titel 325 86 | 1.528,3 Mio. EUR |
| b) Haushaltsansatz 2013 für Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt (Kapitel 1206 Titel 325 86) gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StHG 2013/14 | 1.780,3 Mio. EUR |
| c) Erhöhung der Kreditermächtigung nach § 4 Abs. 2 StHG 2013 um den Betrag, | |
| aa) der im Haushaltsjahr 2013 zur Tilgung von Krediten erforderlich war | 7.516,0 Mio. EUR |
| bb) der zur Anschlussfinanzierung von vorzeitig getilgten Darlehen notwendig war | 0,0 Mio. EUR |
| d) Verminderung | |
| nach § 4 Abs. 3 StHG 2013 um die Mehreinnahmen die bei der Veräußerung von Landesimmobilien unter Mitwirkung der Landesimmobiliengesellschaft oder durch Veräußerung an diese selbst anfallen | - 0,1 Mio. EUR |
| e) Gesamt-Kreditermächtigung im Haushaltsjahr 2013 | 10.824,5 Mio. EUR |

3.2 Inanspruchnahme der Kreditermächtigungen

Die Ermächtigungen für Kreditaufnahmen wurden im Haushaltsjahr 2013 wie folgt in Anspruch genommen:

| | |
|--|------------------|
| Krediteinnahmen bei Kapitel 1206 Titelgruppe 86: | 9.293,0 Mio. EUR |
|--|------------------|

3.3 Nicht verbrauchte Kreditermächtigung

| | |
|---|------------------|
| Am Ende des Haushaltsjahres 2013 stand folgende Kreditermächtigung offen: | 1.531,5 Mio. EUR |
|---|------------------|

3.4 Übertragung der Kreditermächtigung in das Haushaltsjahr 2014

Die Bildung eines Einnahmerestes aus Kreditermächtigungen beruht auf § 18 Abs. 8 LHO und § 4 Abs. 1 Nr. 3 des StHG 2013/14. Demnach ist das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft ermächtigt, im Haushaltsjahr 2013 "die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel aufzunehmen, soweit sie bis zum Ablauf des vorangegangenen Haushaltsjahres nicht aufgenommen wurden und zur Deckung benötigt werden."

Die Höhe des Einnahmerestes errechnet sich wie folgt.

| | |
|---|--------------------------|
| Einnahmereste aus 2012 | 1.528,342 Mio. EUR |
| Kreditermächtigung 2013 nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 StHG 2013/14 | 1.780,300 Mio. EUR |
| Verminderung nach § 4 Abs. 3 StHG 2013/14 | - 0,149 Mio. EUR |
| Gesamtsoll der Kreditermächtigung 2013 | <hr/> 3.308,493 Mio. EUR |
| Abzgl. bei Kap. 1206 TG 86 gebuchte Krediteinnahmen 2013 | - 1.777,006 Mio. EUR |
| Nicht verbrauchte Kreditermächtigungen 2013 u. Vorjahre somit (= Einnahmerest 2013) | 1.531,486 Mio. EUR |

Die Ausgabereiste zum Ende des Haushaltsjahres 2013 betragen 2.207,4 Mio. EUR, die sonstigen Einnahmereste 16,1 Mio. EUR. Der Einnahmerest wird daher in 2014 in maximaler Höhe von 1.531,486 Mio. EUR benötigt. Er wurde bei den Krediteinnahmen (Kap. 1206 Titel 325 86) gebildet und in das Haushaltsjahr 2014 übertragen.

3.5 Darstellung des Kontrollkontos nach § 4 Abs. 1 VO zu § 18 LHO

In § 18 LHO ist der schrittweise Abbau der Neuverschuldung ab dem Jahr 2013 festgelegt. Mit der Verordnung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums zur zulässigen Kreditaufnahme nach § 18 LHO (VO zu § 18 LHO) vom 23. September 2013 (GBl. S. 291) wurde die Berechnung der jeweils zulässigen Kreditaufnahme konkretisiert. Danach ist zur Berechnung der für die Veranschlagung im Staatshaushaltsplan und im Vollzug des Haushalts zulässigen Kreditaufnahme der für das jeweilige Jahr festgelegte Basiswert (§ 1 Abs. 1 VO zu § 18 LHO) mit der Steuerschwankungskomponente und der Finanztransaktionskomponente zu verrechnen.

Die Steuerschwankungskomponente nach § 2 VO zu § 18 LHO ergibt sich aus dem Unterschied zwischen den Nettosteueereinnahmen zum langfristigen Steuereinnahmenniveau (Trendsteuereinnahmen).

Die Finanztransaktionskomponente ergibt sich aus dem Unterschied der Einnahmen und Ausgaben bei den in § 3 Abs. 2 VO zu § 18 LHO genannten finanziellen Transaktionen (Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditaufnahmen und Tilgungen beim öffentlichen Bereich sowie Darlehensvergaben und Darlehensrückflüsse).

Eine positive Steuerschwankungskomponente bzw. Finanztransaktionskomponente ist vom Basiswert abzuziehen und vermindert somit die zulässige Kreditaufnahme. Ist die Summe der Steuerschwankungskomponente und der Finanztransaktionskomponente negativ, ist sie dem Basiswert hinzuzurechnen.

Der so berechneten zulässigen Kreditaufnahme ist die tatsächliche Kreditaufnahme gegenüberzustellen. Hierbei bleiben nach § 18 Abs. 2 Satz 4 LHO Kreditaufnahmen aus der Inanspruchnahme von Einnahmeresten aus Vorjahren außer Betracht.

Über die Einhaltung der zulässigen Kreditaufnahme ist nach § 18 Abs. 5 LHO und § 4 VO zu § 18 LHO ein Kontrollkonto zu führen. Das Kontrollkonto ist jährlich abzuschließen und in der Landeshaushaltsrechnung darzustellen. Bei einem negativen Stand des Kontrollkontos ist auf dessen Ausgleich hinzuwirken.

| | Tsd. EUR | Tsd. EUR |
|---|----------------|--------------------|
| Stand des Kontrollkontos zum Jahresbeginn 2013 | | 0,0 |
| Zulässige Kreditaufnahme 2013 | | |
| <u>Basiswert</u> nach § 1 Abs. 1 VO zu § 18 LHO | | 2.213.750,0 |
| <u>Steuerschwankungskomponente</u> nach § 2 Abs. 1 VO zu § 18 LHO: | | |
| Nettosteureinnahmen | 21.476.771,5 | |
| abzüglich Trendsteuereinnahmen | - 21.549.847,0 | |
| ergibt Steuerschwankungskomponente | - 73.075,5 | + 73.075,5 |
| <u>Finanztransaktionskomponente</u> nach § 3 Abs. 1 VO zu § 18 LHO | | |
| Einnahmeseitige finanzielle Transaktionen | 224.161,3 | |
| abzüglich ausgabeseitige finanzielle Transaktionen | - 211.863,2 | |
| ergibt Finanztransaktionskomponente | + 12.298,1 | - 12.298,1 |
| Zulässige Kreditaufnahme nach § 1 Abs. 2 VO zu § 18 LHO: | | 2.274.527,4 |
| abzüglich tatsächliche Kreditaufnahme 2013 | | |
| Krediteinnahmen bei Kap. 1206 Tit.Gr. 86 | 1.777.006,3 | |
| abzgl. Inanspruchnahme von Einnahmeresten | - 1.528.341,5 | |
| zuzgl. nach 2014 übertragene Einnahmereste | 1.531.486,2 | |
| Zusammen ab: | 1.780.151,0 | -1780.151,0 |
| Stand des Kontrollkontos am Jahresende 2013 | | + 494.376,4 |

4 Erläuterungen zur Haushaltsrechnung - Rechnungen der Einzelpläne und Übersichten gem. § 85 LHO

4.1 Beiträge der Ressorts

Bei Erstellung der Beiträge der Ressorts zur Haushaltsrechnung waren die Besonderen Bestimmungen zur Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben und die Erstellung der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2013 (BBestRech2013) zu beachten.

4.2 Hinweise zu Darstellung und Inhalt

Mehr- und Mindereinnahmen sowie Minderausgaben sind in Spalte 3 der Kapitelübersichten der Rechnungen der Einzelpläne nur erläutert, wenn die Abweichung des Rechnungsergebnisses von der Summe aus Haushaltsbetrag und Haushaltsresten oder Vorgriffen aus dem Vorjahr (Spalte 7) des jeweiligen Titels bzw. bei deckungsfähigen Gruppentiteln von der entsprechenden Summe der jeweiligen Titelgruppe mehr als 200.000 EUR beträgt.

Minderausgaben bei zwangsläufigen Sachausgaben im Sinne des Mittelfristigen Finanzplans mit Ausnahme der Sächlichen Verwaltungsausgaben sowie Minderausgaben, die auf die Erwirtschaftung globaler Minderausgaben zurückzuführen sind, sind aus Vereinfachungsgründen unabhängig von der Höhe der Abweichungen in Spalte 3 der Rechnungen der Einzelpläne nicht dargestellt.

Bei den Titeln 421 01, 422 01, 422 03 und 428 01 sind Mehrausgaben der in § 3 Abs. 7 des StHG 2013/14 festgelegten Art sowie Minderausgaben infolge Nichtbesetzung, Unterbesetzung oder anderweitiger Besetzung von Personalstellen nicht erläutert.

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie Vorgriffe sind in der Übersicht 1 zur Haushaltsrechnung 2013 begründet. Bei überplanmäßigen Beträgen unter 500 EUR wurde auf eine Begründung und die Angabe der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft verzichtet. In der Spalte "Einwilligung" ist in den Fällen, in denen für eine Haushaltsstelle mehrere Einwilligungen erteilt worden sind, jeweils nur die letzte Einwilligung angegeben, wenn sich aus ihr der eingewilligte Gesamtbetrag ergibt.

Umsetzungen von Haushaltsmitteln gem. § 50 Abs. 1 LHO werden in Spalte 3 beim jeweiligen Titel ausgewiesen. Sie sind mit dem Begriff "Umsetzung" gekennzeichnet. Soweit Reste umgesetzt werden, wird jeweils dargestellt von welcher Haushaltstelle bzw. zu welcher Haushaltstelle eine Umsetzung erfolgt.

Mittelumschichtungen im Rahmen der kapitel- oder einzelplanübergreifenden Deckungsfähigkeit des Programmbudgets Medien bzw. des Informationstechnischen Gesamtbudgets (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 Unterziffer 1.2 oder Nr. 2 StHG 2013/14) werden ebenfalls in Spalte 3 ausgewiesen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit erfolgt die Ausweisung kumuliert bei den jeweiligen Titelgruppen und nicht den einzelnen Gruppentiteln. Sie sind mit dem Begriff "Umschichtung" gekennzeichnet.

Haushaltsstellen mit außerplanmäßigen Einnahmen oder Ausgaben sind in den Kapitelübersichten der Rechnungen der Einzelpläne mit "APL" gekennzeichnet; Haushaltsstellen mit Ausgaben aus Ausgaberesten aus Vorjahren, für die ein Titel nicht mehr eingestellt war, sind mit "BT" gekennzeichnet.

In den Ergebniserläuterungen in den Kapitelübersichten der Rechnungen der Einzelpläne wurden bei der Angabe von Buchungsstellen die Zusätze "Kapitel", "Titel" und "Titelgruppe" aus Vereinfachungsgründen weitgehend weggelassen.

Bei der Beurteilung der Rechnungsergebnisse sind die Regelungen der §§ 6 und 6a StHG 2013/14 zur Deckungsfähigkeit zu beachten.

4.3 Personalausgaben

Gemäß § 3 Abs. 7 StHG 2012 sind die nach den Stellenplänen und Stellenübersichten bei den Titeln 421 01, 422 01, 422 03 und 428 01 auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmungen über die Haushaltsansätze hinaus geleisteten Ausgaben als planmäßige Ausgaben behandelt worden. Dies gilt

1. für die Leistungen nach § 10 Ministergesetz,
2. für die Besoldungsbezüge der Beamten und Richter (§ 1 Abs. 2 und 3 LBesGBW) einschließlich der Zuführung an die Versorgungsrücklage nach § 17 LBesGBW mit Ausnahme der Zulagen und Vergütungen, die nicht in festen Monatsbeträgen festgelegt sind,
3. für die Entgelte der Arbeitnehmer einschließlich der Teile der Entgelte, die in den Erläuterungen zu den Titeln 428 01 nicht besonders aufgeführt sind,
4. für die Bezüge der außertariflich Beschäftigten, die sich nach Besoldungs- oder Tarifrecht richten,
5. für die durch den Haushaltsplan oder durch Richtlinien festgelegten Aufwandsentschädigungen in festen Monatsbeträgen,
6. für die Unterhaltsbeihilfen an Dienstanfänger und an Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (§ 88 LBesGBW).

Die Gesamtsumme aller Personalausgaben hat das Haushaltssoll um rd. 775,2 Mio. EUR unterschritten (vgl. Spalte 6 der Anlage 2 zur Gesamtrechnung). Dieser Betrag erhöht sich auf Grund von Sachmitteleinsparungen sowie Mehreinnahmen zu Gunsten von Personalausgaben um rd. 259,8 Mio. EUR und vermindert sich auf Grund von Personalmitteleinsparungen aus Stellennicht-

besetzungen zu Gunsten von Sachausgaben um rd. 106,3 Mio. EUR - jeweils nach Maßgabe entsprechender Haushaltsvermerke.

In der Übersicht 1 A zur Haushaltsrechnung 2013 sind die bewilligten Abweichungen von den Stellenübersichten aufgeführt, soweit diese nicht durch Gesetz, Staatshaushaltsplan oder Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur LHO zugelassen oder durch tarifliche Änderungen bedingt sind.

4.4 Nachweise für den Rechnungshof

Die Nachweise der Ressorts über die Erwirtschaftung der bei Kapitel 1212 Titel 972 01 oder einem anderen Titel der Gruppen 462 und 972 veranschlagten globalen Minderausgaben sowie über die kapitel- und einzelplanübergreifenden Verstärkungen und Verminderungen sind dem Rechnungshof übergeben worden. Zum Nachweis der Bewirtschaftung wurden dem Rechnungshof außerdem Zusammenstellungen und Nachweise über die Personalmehrausgaben, die nach Maßgabe entsprechender Haushaltsvermerke durch Mehreinnahmen oder durch Minderausgaben bei der Hauptgruppe 5 bis 8 gedeckt sind, über entstandene Personalmehrausgaben, soweit diese nicht den Sonderregelungen nach § 3 Abs. 7 StHG 2013/14 oder Nr. 15.4 VwV-Haushaltsvollzug 2013 unterliegen, über Personalausgabeneinsparungen aus nicht besetzten Stellen zur Verstärkung von Sachmitteln nach Maßgabe entsprechender Haushaltsvermerke sowie über Personalausgaben, die aus einer Leerstelle gem. Ziff. 3.3 der VV zu § 50 LHO gezahlt wurden, übersandt.

4.5 Sonstiges

Dem Abschlussbericht im Anschluss an das Staatshaushaltsgesetz 2013/14 sind folgende Zusammenstellungen beigefügt:

- die Gesamtrechnung mit Abschluss,
- eine Aufgliederung der Abweichungen zwischen dem Haushaltssoll und den Rechnungsergebnissen,
- eine Aufgliederung der Ausgabereste,
- eine Darstellung der Entwicklung des Schuldenstandes,
- eine Gruppierungsübersicht über die Isteinnahmen und Ista Ausgaben,
- eine Funktionenübersicht über die Isteinnahmen und Ista Ausgaben.

Bei gerundeten Zahlen sind in den Summen Abweichungen möglich.

